

## Ministerpräsident bedauert die Parteiaustritte

### Der frühere CDU-Ortsvorsitzende Rüdiger Schulz setzt nun auf eine Neuausrichtung der Politik in der Gemeinde.

Von Michael Schick  
Ellerau/Kiel -

Näher sind sie sich nicht gekommen. Und schon gar nicht haben die Ellerauer CDU-Rebellen ihre Parteiaustritte rückgängig gemacht, als sie in Kiel bei Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zum Gespräch waren. "Er hat nochmals darauf hingewiesen, dass er den Ellerauern mehrfach Hilfe und Gespräche angeboten hatte, sie aber die Angebote nur einmal wahrgenommen haben", sagt Hans-Jürgen Scheiwe vom Kreisvorstand der Segeberger CDU. Der Kaltenkirchener gehörte zur Delegation, da er zusammen mit der früheren Landtagsabgeordneten Roswitha Strauß und Anika Kersten den kommissarischen Vorstand der CDU Ellerau stellt.

Das Trio musste einspringen, nachdem der komplette Vorstand und die acht Gemeindevertreter die Partei verlassen hatten (wir berichteten). Sie traten aus Protest aus der Partei aus, weil sie sich im Kampf um die selbstständige Verwaltung in der Gemeinde von der Landes- und Kreis-CDU im Stich gelassen fühlten. Auch Carstensen drückte sein Bedauern über den radikalen Schritt aus.

Die SPD Ellerau zeigt sich verwundert über die Parteiaustritte. "Ein derartiger Vorgang ist vermutlich einmalig in Schleswig-Holstein, zumindest, was die etablierten Parteien angeht", sagt SPD-Fraktionschef Eckart Urban. Die Reaktion der CDUler sei umso weniger zu verstehen, als die gesamte CDU-Fraktion im Gemeinderat der Verwaltungsfusion mit Norderstedt zugestimmt habe.

Es habe von Anfang an festgestanden, dass es für Ellerau keine Sonderregelung geben werde. Die Kooperation mit Norderstedt sei keine Katastrophe. Im Gegenteil: Schon nach kurzer Zeit spare die Gemeinde Verwaltungskosten, die sich in wenigen Jahren auf mindestens 250 000 Euro summieren könnten. "Das ist angesichts der Ellerauer Verschuldung ein riesiger Vorteil", sagt Urban. Da ein Bürgerbüro im Ort bleibe, könnten die Ellerauer ihre Angelegenheiten wie bisher in der Gemeinde erledigen.

Da die Ex-CDUler unter dem neuen Namen "Aktives Ellerau" weiterarbeiten wollen, seien sie zwangsläufig weiter mit dem Thema Verwaltungsfusion konfrontiert. "Allerdings ist der Draht zum Kreisverband und nach Kiel jetzt abgeschnitten", sagt der SPD-Fraktionschef. Zudem müssten rechtliche Fragen geklärt werden. Unter Umständen müssten Ämter und die Mandate in den Ausschüssen neu besetzt werden.

"Der Austritt der Ellerauer CDU-Funktionäre ist zu begrüßen. Er bietet die große Chance, dass sich die Ortspolitik für die Zukunft neu orientieren kann", sagt Rüdiger Schulz. Der frühere CDU-Ortsvorsitzende hat ebenfalls kein Verständnis für das starre Festhalten an der eigenständigen Verwaltung. Ohnehin habe die Parteispitze Positionen durchgesetzt, die von der Mehrheit nicht gewollt gewesen seien. Als Beispiele nennt Schulz das "viel zu schnelle Wachsen" der Gemeinde, die "überdimensionierte neue Feuerwache" und den "fehlenden Sparwillen". Nun könne sich die CDU Ellerau leichter von den Strukturen und Schablonen der 70er- und 80er-Jahre befreien, wie es die Landes- und Bundespartei längst vorgemacht habe.

erschieden am 1. November 2006